



HESSISCHER LANDTAG

04. 11. 2009

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktion DIE LINKE

betreffend Ausweitung der Erstausbildungsförderung für Altbewerberinnen und Altbewerber

Der Landtag wolle beschließen:

I. Der Hessische Landtag stellt fest:

1. Das derzeitige Ausbildungsplatzangebot in Hessen kann die bestehende Ausbildungsplatznachfrage regional und sektoral nicht in ausreichendem Maße abdecken. Aufgabe des Landes und der hessischen Unternehmen ist und bleibt es, allen hessischen Jugendlichen ein auswahlfähiges und qualitativ zukunftssicherndes Ausbildungsplatzangebot zu machen.
2. Altbewerberinnen und Altbewerber machen auch dieses Jahr wieder einen erheblichen Anteil der Ausbildungsplatz-Suchenden aus. Durch die wirtschaftliche Krise bedingt schrumpft das Angebot an Ausbildungsplätzen weiter. Daher sind verstärkte Anstrengungen bei der Unterstützung von Ausbildungsplatz-Suchenden und ausbildungsberreiten Unternehmen dringend geboten.

II. Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf:

1. Im Haushalt 2010 Landesmittel zur Förderung der Erstausbildung von Altbewerberinnen und Altbewerbern bedarfsgerecht einzustellen und die finanzielle Verantwortung für die Unterstützung dieser Gruppe junger Menschen nicht dem Bund zu übertragen.
2. Mit verstärkten Bemühungen den Kreis der Antragsteller auf Landesfördermittel zu erweitern, indem sie Ausbildungsplatz-Suchende und Unternehmen offensiv über Möglichkeiten und Rahmen der landesseitigen Förderung informiert.

Begründung:

Die Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit hat am 13. Oktober aktuelle Zahlen über die Lage am hessischen Ausbildungsmarkt präsentiert. Aus diesen geht hervor, dass weiterhin fast die Hälfte der Ausbildungsplatz-Suchenden zu den sogenannten Altbewerbern gehören. Der fast hundertprozentige statistische Ausgleich von offenen Stellen und Ausbildungsplatz-Suchenden kommt nur zustande, weil die Arbeitsagentur als versorgt auch all jene Bewerberinnen und Bewerber zählt, die weiter eine Schule besuchen, an einer Fördermaßnahme teilnehmen oder eine "andere Alternative" wahrnehmen. Vor dem Hintergrund eines Rückgangs der in Hessen gemeldeten Ausbildungsstellen um 2.957 oder 8,4 v.H. muss vermutet werden, dass über den Kreis dieser sekundär Versorgten hinaus weiterhin eine erhebliche Dunkelziffer an Schulabgängerinnen und Schulabgängern existiert, die als unversorgt gelten müssen.

Wie das Regierungspräsidium Kassel meldete, war aufgrund der Antragsituation im Altbewerberprogramm 2009 bereits im Sommer nicht mehr sichergestellt, dass genügend Haushaltsmittel für die Gewährung von Leistun-

gen nach diesem Programm zur Verfügung stünden. Eine Reduzierung der zu fördernden Ausbildungsplätze, wie sie im Haushalt 2010 vorgesehen ist, ist also nicht mit dem Verweis auf mangelnde Nachfrage nach Förderung zu rechtfertigen.

Wiesbaden, 4. November 2009

Die Fraktionsvorsitzende:
Wissler